

GrünExpress

GRÜNE INFORMATIONEN FÜR DAS SAARLAND |    GRUENESAAR

AUSGABE
07-2020



NACHTRAGSHAUSHALT SAAR: ZWEI MILLIARDEN FÜR DIE ZUKUNFT?

+++ Grüne fordern Nachhaltigkeitsvorbehalt für geplante Maßnahmen +++

Als Reaktion auf den geplanten Saar-Nachtragshaushalt in Höhe von 2,1 Milliarden Euro erwarten die Grünen von CDU und SPD, einen klaren Fokus auf nachhaltige Zukunftsinvestitionen. Die Grünen warnen vor einer kurzfristigen Ausgabenpolitik zu Lasten kommender Generationen. Die Zielgenauigkeit der Maßnahmen hänge jetzt vom konkreten Investitionskonzept ab, das die Landesregierung schnellstmöglich ausdifferenziert vorlegen müsse. Alle Investitionen und auch Hilfen für die Saar-Wirtschaft müssten soziale und ökologische Aspekte maßgeblich berücksichtigen. Die Grünen fordern vor diesem Hintergrund einen Nachhaltigkeitsvorbehalt für die geplanten Programme.

„Mit dem Nachtragshaushalt in Höhe von 2,1 Milliarden Euro setzt das Land seine ganzen finanziellen Möglichkeiten ein, um die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen. Auf Grund dieser historischen Dimension ist die Landesregierung hier aber in einer ganz besonderen Verantwortung, mit dem jetzt mobilisierten Geld die richtigen Weichen für die Zukunft des Saarlandes zu stellen. Ein Nachhaltigkeitsvorbehalt sollte deshalb für die ge-

planten Investitionen obligatorisch sein“, Markus Tressel.

Die Grünen erwarten von der Großen Koalition, den Fokus auf Maßnahmen zu legen, die das Land auf Jahre im Wettbewerb mit anderen Ländern ökologisch, ökonomisch und sozial auf Augenhöhe bringe. Tressel: „Wir brauchen ein Investitionskonzept, das die strukturellen Nachteile des Landes ausgleicht sowie die Versäumnisse der vergangenen Jahren aufholt. Alle

Investitionen, aber auch die Unterstützung für die Saar-Wirtschaft, müssen sich auch klar an sozialen und ökologischen Kriterien messen lassen. Sie haben den sozialen Zusammenhalt zu stärken und müssen Klimaschutz und Nachhaltigkeit maßgeblich berücksichtigen. Bei richtiger Schwerpunktsetzung kann so aus der Krise eine Chance erwachsen.“

 <https://gruenlink.de/1s32>

WEITERE THEMEN

Konjunkturpaket des Bundes:
Chancen nutzen und
bei Defiziten nacharbeiten **3**

Polizeidatengesetz:
Gesetzgebungsaktionismus zu
Lasten der Bürgerrechte **5**

Gendermedizin
stärken –
Lehrstuhl einrichten **7**

Kommunalfinanzen:
Saar-Kommunen brauchen
Handlungsfähigkeits-Garantie **4**

Tierhaltung:
Endlich die
Sau rauslassen! **6**

Grüne fordern
Aktionsplan
gegen Rassismus **8**

Bilder: Grüne, Pixabay, unsplash, Icon: local business by achmad muliyana, LeeMette, Ilham Julianti, iconsmind.com from the Noun Project





GrünExpress

AUSGABE
07-2020

Liebe Leserinnen und Leser,

mit großen Schritten geht es auf die Sommerferien zu. Und auch wenn sich vieles in unserer Wahrnehmung wieder ansatzweise normalisiert hat, so ist das Virus immer noch da und seine Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft werden erst allmählich sichtbar. Deshalb haben die Bundes- und die Landesregierung umfangreiche Hilfspakete unter Einsatz vieler Milliarden Euro geschnürt.

Vom Grundsatz her ist es aus unserer Sicht richtig, dass man jetzt öffentliches Geld auch in großem Umfang einsetzt, um die Folgen der Krise abzumildern. Dennoch ist es auch wichtig aufzupassen, wie zukunftsgerichtet dieses Geld am Ende eingesetzt wird. Insbesondere das Saarland braucht ein Investitionskonzept, das die strukturellen Nachteile des Landes ausgleicht sowie die Versäumnisse der vergangenen Jahre aufholt. Alle Investitionen, aber auch die Unterstützung für die Saar-Wirtschaft, müssen sich klar an sozialen und ökologischen Kriterien messen lassen. Sie haben den sozialen Zusammenhalt zu stärken und müssen Klimaschutz und Nachhaltigkeit maßgeblich berücksichtigen. Bei richtiger Schwerpunktsetzung kann so aus der Krise eine Chance erwachsen. Wir wollen deshalb einen Nachhaltigkeitsvorbehalt bei der Ausschüttung der Hilfsmilliarden. Die Gießkanne ist jedenfalls nicht das richtige Instrument, um das Geld an die richtigen Stellen zu bringen. Darauf werden wir verstärkt achten.

Neben den seit Monaten dominierenden Debatten über Corona gibt es auch weitere Themen, denen wir uns annehmen. Rassismus und Diskriminierung haben hat uns in den letzten Wochen genauso beschäftigt wie die Entwicklung der Krankenhauslandschaft und natürlich die Bildung und Betreuung unserer Kinder, die bei vielen Debatten mit ihren Belangen vielfach durch das Raster gefallen sind.

Herzliche Grüße,

Tina Schöpfer *Markus Tressel*

Tina Schöpfer
Landesvorsitzende Grüne Saar

Markus Tressel
MdB, Landesvorsitzender Grüne Saar

BERLIN AKTUELL



Sexuelle Identität auch ins Grundgesetz

Zum Tag des Grundgesetzes hat der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel gefordert, Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Identität zu ergänzen, um die Rechte von Lesben, Schwulen und Bisexuellen unmissverständlich anzuerkennen und dauerhaft zu schützen.

Auf Initiative der Grünen sei das Diskriminierungsverbot in der Saar-Verfassung bereits seit vielen Jahren verankert. Die Große Koalition in Berlin müsse ihren Widerstand endlich aufgeben und dem Vorbild des Saarlandes folgen. „Immer noch fehlt ein explizit verfassungsrechtlich verankertes Diskriminierungsverbot wegen der sexuellen Identität auf Bundesebene. Die Verankerung des Merkmals sexuelle Identität im Grundgesetz würde Lesben, Schwulen und Bisexuellen eine unmissverständliche Anerkennung ihrer Recht gewähren und sicherstellen, dass sich Unrecht, wie eine strafrechtliche Verfolgung, in der Bundesrepublik nicht wiederholen kann“, betont Markus Tressel.

<https://gruenlink.de/1s3o>

GRUENESAAR

GRUENESAAR

@GRUENE_SAAAR



**LANDESVERBAND
SAARLAND**



Konjunkturpaket des Bundes: Chancen nutzen und bei Defiziten nacharbeiten

Soziales kommt zu kurz

Die saarländischen Grünen haben das Konjunkturpaket der Bundesregierung im Grundsatz begrüßt. Falsche Weichenstellungen wie eine Kaufprämie für Verbrennungsmotoren hätten sich nach viel Kritik vermeiden lassen. Soziale Weichenstellungen hingegen seien zu kurz gekommen, kritisieren die Landesvorsitzenden, Schöpfer und Tressel. Es fehlt zudem eine klare Kopplung der Hilfen an Klima- und Umweltvorgaben. Die Chancen, die das Konjunkturpaket auch für den Standort Saarland biete, müssten genutzt werden. Gleichzeitig müsste in der Umsetzung des Paketes an den Defiziten weiter gearbeitet werden.

Tressel fordert, jetzt aus dem Paket heraus auch die richtigen Weichenstellungen für das Saarland vorzunehmen: „Jetzt ist es entscheidend, aus den zahlreichen Prüfungsaufträgen des Konjunkturpaketes in der Realität das Richtige zu machen. Das Bonus-Programm für Zukunftsinvestitionen der Auto- und Zulieferindustrie könnte für den Standort genauso nützlich werden, wie die offenbar geplante Förderung der Erschließung neuer Standorte für die Batteriezellenfertigung oder die Nationale Wasserstoffstrategie. Das alles sind Herausforderungen, die für den Industriestandort Saarland ohnehin anstehen. Mit der geplanten zusätzlichen Förderung in Milliardenhöhe kann das Saarland massiv profitieren und die Transformation möglicherweise schneller bewerkstelligen, wenn sich die Landesregierung jetzt aktiv darum bemüht. Das Konjunkturpaket kann für

den Wirtschaftsstandort Saarland wichtige Prozesse positiv beschleunigen.“

Enttäuschend ist aus Sicht der Grünen, dass die Bundesregierung für die Armen und von der Krise am stärksten Gebeutelten offenbar trotz 130 Milliarden-Paket wenig übrig hat.

Die Landesvorsitzende Tina Schöpfer: „Nicht nur angesichts der Krise wäre dringend eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze angezeigt. Außerdem setzt sich fort, was von Beginn der Krise an das große Problem war: Frauen, Familien und Kinder sind aus dem Blick geraten. Es fehlt eine planvolle Perspektive für die Wiedereröffnung von Kitas und Schulen für alle Kinder unter den Bedingungen der Pandemie. Wir als Grüne haben dafür unter anderem einen Bildungsfonds vorgeschlagen, aus dem zusätzliches Personal für Kindergärten und Schulen unterstützt wird, um

so pragmatisch den Weg für einen Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen zu ebnet. Leider hat das keinen Eingang in dieses Paket gefunden.“

Schöpfer und Tressel kritisieren, dass eine klare Kopplung der Hilfen an Klima- und Umweltvorgabengenauso fehle wie die Verbindung von Konjunkturpaket mit einem langfristig wirkenden Investitionsprogramm, das für die nächsten 10 Jahre Planungssicherheit schaffe, um eine Transformation zur klimaneutralen Industrie zu verstetigen. Es braucht neben den akuten Konjunkturimpulsen eine Investitionsgarantie, damit die zukunftsgerichteten Maßnahmen nicht lediglich Strohfeder entfachten.

<https://gruenlink.de/1s34>





Barbara Meyer-Gluche, Grünen-Generalsekretärin

Kommunal Finanzen: Saar-Kommunen brauchen Handlungsfähigkeits- Garantie

Barbara Meyer-Gluche: Gleichwertige Lebensverhältnisse rücken in weite Ferne

Das Scheitern der Altschuldenübernahme auf Bundesebene ist eine große Enttäuschung für das Saarland. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland werde damit immer mehr zur Utopie, so Grünen-Generalsekretärin Barbara Meyer-Gluche. Die Grünen-Politikerin appelliert an die Landesregierung, die Handlungsfähigkeit der Kommunen in dieser Krise zu garantieren. Die Menschen hätten einen Anspruch darauf, auch im Saarland unter gleichwertigen Verhältnissen leben zu können.

„Der Kompromiss der Großen Koalition über die Kommunal Finanzen ist eine herbe Enttäuschung für alle, die seit Jahren für eine Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik kämpften. Die beschlossenen Maßnahmen, wie eine höhere Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten und eine Kompensation der coronabedingten Gewerbesteuer ausfälle sind zweifelsohne zu begrüßen; sie werden aber wohl nicht ausreichen, um zu verhindern, dass die Kommunen im laufenden und den kommenden Jahren neue Liquiditätskredite aufnehmen müssen, um darüber hinausgehende Einnahmeausfälle zu kompensieren, Defizite bei kommunalen Unternehmen auszugleichen und krisenbedingte Mehrausgaben zu finanzieren“, kritisiert Barbara Meyer-Gluche, Generalsekretärin von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Die Folgen für die hochverschuldeten Saar-Kommunen und die Menschen im Saarland seien bitter. Meyer-Gluche:

„Die Lösung der Altschuldenfrage ist zentral, wenn es um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland geht, wie die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse herausgearbeitet hat. Ohne Altschuldenlösung besteht jetzt die konkrete Gefahr, dass sich die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland durch diese Krise noch vergrößern wird. Denn was sich finanzstarke Kommunen in dieser Krise leisten können, bleibt finanzschwachen Kommunen verwehrt. Und der Schuldenberg der ohnehin hoch verschuldeten Kommunen wird weiter wachsen. Das wird nicht ohne Folgen für die Menschen und die kom-

munale Daseinsvorsorge bleiben. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen sind wir weiter entfernt denn je.“

Die Grünen-Politikerin appelliert an die Landesregierung, die Handlungsfähigkeit der Kommunen bei Bewältigung dieser Krise zu gewährleisten. Meyer-Gluche: „Wir brauchen eine Handlungsfähigkeits-Garantie für die saarländischen Kommunen.

Die Menschen haben einen Anspruch darauf, auch im Saarland unter gleichwertigen Verhältnissen leben zu können.“

 <https://gruenlink.de/1s35>



Polizeidatengesetz: Gesetzgebungsaktionismus zu Lasten der Bürgerrechte



Jeanne Dillschneider,
Grünen-Landesvize

In der Debatte über das geplante Polizeidatenverarbeitungsgesetz fordern die Grünen den Gesetzentwurf auf dessen eigentlichen Kern zurückzuführen und das Polizeirecht an das europäische Datenschutzrecht sowie an Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts anzupassen. Die Grünen haben dazu ein 9-Punkte-Papier erarbeitet. Grünen-Landesvize Jeanne Dillschneider wirft CDU und SPD vor, mit dem neuerlichen Gesetzgebungsaktionismus von der massiven Personalnot bei der saarländischen Polizei abzulenken und dabei leichtfertig elementare Bürgerrechte über das Notwendige hinaus einzuschränken. Die Grünen setzen sich mit Nachdruck für eine gut personalisierte und technisch bestens ausgestattete Polizei ein. Eine starke Polizei und die Wahrung der Bürgerrechte können aus grüner Sicht durchaus zusammengehen.

„Mit dem neuen Polizeidatenverarbeitungsgesetz soll nicht nur das Polizeirecht an das europäische Datenschutzrecht und an Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts angepasst werden, wie der Name dieses Nebengesetzes eigentlich vermuten lässt, sondern zugleich sollen unter diesem Deckmantel polizeiliche Eingriffsbefugnisse in nicht unerheblicher Weise erweitert werden“, kritisiert Jeanne Dill-

schneider, stellvertretende Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Saar. Die Grünen-Politikerin wirft CDU und SPD vor, lediglich von der massiven Personalnot bei der saarländischen Polizei abzulenken zu wollen. Dillschneider: „Statt immer neue Eingriffsbefugnisse brauchen wir mehr Personal und eine optimale technische Ausstattung, um die bestehenden Möglichkeiten überhaupt ausschöpfen zu

können. Ein Mehr an Sicherheit geht in erster Linie nur mit Polizistinnen und Polizisten am Ort des Geschehens. Im Gegensatz zur Verabschiedung von Gesetzen gibt es mehr Beamtinnen und Beamte nun mal nicht zum Nulltarif.“

<https://gruenlink.de/1s3h>

Polizeibeauftragter: Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Polizei stärken

Anlässlich der aktuellen Debatte um Rassismus und die Anwendung von Zwang durch die Polizei hat Markus Tressel die Schaffung eines unabhängigen Landespolizeibeauftragten vorgeschlagen. Man müsse das bestehende Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung stärken. Dazu bedürfe es auch einer unabhängigen Instanz. Einen wie auch immer gearteten Generalverdacht gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte lehnt Tressel ab.

Tressel: „Die Polizei dient der Sicherheit und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Sie ist ein wichtiger Teil der Gesellschaft und deshalb muss das Verhältnis zwischen Bürgerinnen, Bürgern und der Polizei stimmen. Ein unabhängiger Polizeibeauftragter kann als zentrale Anlaufstelle, an die sich Bürgerinnen und Bürger wenden können, wenn sie bei einer polizeilichen Maßnahme den Eindruck haben, dass diese rechtswidrig war oder ein persönliches Fehlverhalten vorliegt, einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Diese Instanz könnte auch zur Versachlichung von aufgeheizten Debatten beitragen und somit auch der Polizei nutzen.“ Zudem könnten auch aus der Polizei heraus an diese Stelle Missstände, Fehler und politische Handlungsnotwendigkeiten herangetragen werden, ähnlich

wie beim Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Tressel sieht in einer solchen Position auch einen politischen Impulsgeber: „Die Polizei steht seit Jahren auch unter Finanzdruck, was die Arbeit der Beamtinnen und Beamten zusätzlich erschwert. Arbeitsverdichtung und ständige Reformen fordern neben einem oft rauerem gesellschaftlichen Klima ihren Tribut. Ein Polizeibeauftragter bietet eine zusätzliche Möglichkeit innerhalb der Polizei Fehler und Missstände aufzuzeigen, ohne dabei Sanktionen oder berufliche Nachteile fürchten zu müssen. Das kann der politischen Debatte über Ausstattungs- und Strukturnotwendigkeiten nur nutzen.“

<https://gruenlink.de/1s36>

Frauenanteil in Führungs- positionen erhöhen



Als Reaktion auf die Vergabe der Polizeivizepräsidentenstelle an Natalie Grandjean wollen die Saar-Grünen den Anteil von Frauen in Führungspositionen bei der saarländischen Polizei deutlich erhöhen. Grünen-Landesvize Jeanne Dillschneider betont, Innenminister Bouillon setze mit der Ernennung einer Vizepräsidentin ein wichtiges Signal an die vielen Frauen bei der Polizei. Nun müsse der Frauenanteil auch in anderen Führungspositionen erhöht werden, beispielsweise werde lediglich eine der zwölf Inspektionen von einer Frau geleitet.

<https://gruenlink.de/1s3k>



Krankenhausgipfel: Neues Konzept für die Saar-Kliniken entwickeln

In der saarländischen Krankenhauslandschaft geht es drunter und drüber. Anlässlich einer jetzt bekannt gewordenen möglichen Schließung des Neunkircher Diakonie-Krankenhauses fordern die Grünen einen Krankenhausgipfel.

Standortschließungen stünden mittlerweile im Vierteljahrestakt auf der politischen Agenda. Dennoch habe die Landesregierung keinen nachvollziehbaren Plan für die Weiterentwicklung der stationären medizinischen Versorgung im Land. Es sei weiter unklar, was in Lebach passieren werde, während der nächste

Klinikstandort wackle. Gleichzeitig gebe es im Nordsaarland mittlerweile offenbar das Angebot eines privaten Trägers, ein Krankenhaus zu bauen, aber wohl immer noch keinen Plan des Landes, wie man damit umgeht. Das Gesundheitsministerium müsse dieses Wirrwarr endlich sortieren und einen politischen Plan entwickeln, wie die Krankenhausstruktur weiterentwickelt werden soll. Der bestehende Krankenhausplan könne dafür erkennbar keine Grundlage mehr sein.

<https://gruenlink.de/1s3d>



Fluglärm-Anfrage: Zahl der militärischen Übungsflüge gestiegen

Die Zahl der militärischen Übungsflüge über dem Saarland und der Westfalz ist im vergangenen Jahr angestiegen, während die Nutzungstunden ein wenig zurückgegangen sind. Insgesamt war der Übungsflugraum 225 Tage aktiv und ist damit weiterhin die aktivste Übungszone über Deutschland.

Dies geht aus einer aktuellen Antwort des Bundesverteidigungsministeriums auf eine Anfrage des saarländischen Bundestagsabgeordneten und Grünen-Landeschefs Markus Tressel hervor. Der Grünen-Politiker wirft Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und der Landesregierung vor, die Menschen im Nordsaarland immer noch nicht spürbar von Lärm zu entlasten.

Tressel fordert eine dauerhafte Entlastung von Fluglärm im Rahmen einer Kontingentlösung und eine gleichmäßige Verteilung über ganz Deutschland. Das Bundesverteidigungsministerium hatte mitgeteilt, dass die Zahl der Militärflüge in der militärischen Übungszone über dem Saarland und der Westfalz (TRA Lauter) von 634 im Jahr 2018 auf 673 im Jahr 2019 zugenommen hat, während immerhin die Nutzungsstunden ein wenig zurückgegangen sind (821 auf 717), weil die Kampffjets offenbar 34 Tage gar nicht im Lande waren. Offenbar kommen die versprochenen Entlastungsmaßnahmen kaum zur Anwendung.

<https://gruenlink.de/1s3c>

SaarVV: Mehrwert- steuersenkung an Fahrgäste weitergeben



Als Reaktion auf die Preissenkung im Fernverkehr der Deutschen Bahn um 1,9 Prozent fordert der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel, die von der Bundesregierung geplante Mehrwertsteuersenkung ab dem 1. Juli auch an die SaarVV-Fahrgäste weiterzugeben.

Nach den regelmäßigen Preiserhöhungen und der immer noch nicht umgesetzten Tarifreform brauche es jetzt ein klares Signal für einen attraktiveren öffentlichen Personennahverkehr im Saarland. Nach den regelmäßigen Preiserhöhungen der vergangenen Jahre sei Bahn- und Busfahren im Saarland vergleichsweise teuer. Die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs bemesse sich für viele Nutzer nicht nur am Angebot, sondern auch am Preis. Niemand müsse sich also wundern, dass die Fahrgastzahlen im Saarland weit hinter diejenigen anderer Regionen zurückblieben.

<https://gruenlink.de/1s3a>





Tierhaltung: Endlich die Sau rauslassen!

Die Saar-Grünen freuen sich, dass die grün-mitregierten Bundesländer den Verordnungsentwurf der Bundesregierung zur Schweinehaltung nicht mitgetragen haben und der Punkt im Bundesrat von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer: „Ich finde es gut und richtig, dass die grün-mitregierten Länder dem Kompromiss zur Kastenhaltung nicht zugestimmt haben und damit nun die Chance besteht, eine bessere Lösung im Sinne des Tierwohls zu finden. Agrarministerin Julia Klöckner muss sich hier nun endlich bewegen. Wir fordern auch den saarländischen Umweltminister Reinhold Jost auf,

den derzeitigen Vorsitz des Saarlandes in der Agrarministerkonferenz zu nutzen, um dieses wichtige Thema nochmals auf die Agenda zu bringen und gemeinsam mit seinen Amtskolleg*innen zu beraten. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bund bereit ist, 300 Millionen Euro für den Umbau der Ställe zu investieren. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Aber wenn schon soviel Geld ausgegeben wird, dann muss dies auch für eine zukunftsorientierte Tierhaltung sein, welche die Gruppenhaltung zum Standard macht. Jetzt ist die Chance dazu, hier endlich etwas zu bewegen.“

<https://gruenlink.de/1s3g>

Artenvielfalt: Auen revitalisieren.

Anlässlich des Tags der Artenvielfalt haben die saarländischen Grünen ein Landesprogramm zur Revitalisierung von Auen ins Gespräch gebracht. Die Revitalisierung der Auen sei eine wichtige Anpassungsmaßnahme für den Hochwasserschutz infolge der Klimakrise.



Der Landesvorsitzende der Grünen, Markus Tressel, warnt in diesem Zusammenhang vor der Zerstörung von Teilen der Bliesau durch den Bau der B423-Umgehung bei Homburg.

„Auen, die regelmäßig überflutet werden, gehören zu den artenreichsten Lebensräumen überhaupt und besitzen ein großes Potenzial für durchgehende Biotopverbünde. Zudem spielen Auen für den vorsorgenden Hochwasserschutz infolge der Klimakrise eine entscheidende Rolle. Laut dem Auenzustandsbericht gibt es aber einen herben Verlust von Überschwemmungsflächen. Zudem wird die Saar mit der schlechtesten Auenzustandsklasse bewertet“, sagt Tressel.

Er fordert ein Landesprogramm zur Revitalisierung von Auen. Zugleich dürften bestehende Auen ab sofort nicht mehr zerstört werden: „Der Bau einer B423-Umgehung durch die Bliesau wäre ein schwerer Fehler, den man unbedingt vermeiden muss.“

<https://gruenlink.de/1s3l>





Tina Schöpfer, Landesvorsitzende

Gendermedizin stärken – Lehrstuhl einrichten

Anlässlich des Internationalen Tags der Frauengesundheit haben die saarländischen Grünen die Landesregierung erneut aufgefordert, mehr dafür zu tun, dass Frauen und Männer im Saarland gleichermaßen gut medizinisch versorgt werden können. Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer forderte die Einrichtung eines Lehrstuhls für Gender-Medizin an der Universitätsklinik Homburg. In die Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe müsse künftig viel stärker das Wissen um geschlechtsspezifische Unterschiede von Gesundheit und Krankheit einfließen.

Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer erklärt dazu: „Die Wissenschaft hat längst herausgefunden, dass sich -wie z.B. beim Herzinfarkt- Symptome derselben Krankheit bei Frauen und Männern auf unterschiedliche Art und

Weise zeigen oder dass Medikamente unterschiedlich wirken. Für Patientinnen und Patienten ist eine geschlechterdifferenzierte Betrachtung und Behandlung von erheblicher Bedeutung für ihren Krankheits- und Genesungsprozess. Die

Erkenntnisse in Form von Studien und praktischer Erfahrung sind soweit fortgeschritten, dass eine medizinische Behandlung ohne Berücksichtigung des Genderaspekts nicht (mehr) patientengerecht erscheint.“

Kommunikations-Wirrwarr bei Kitas beenden

Das entstandene Kommunikations-Wirrwarr zum so genannten eingeschränkten Regelbetrieb an den saarländischen Kindertagesstätten hat viele Eltern verunsichert. Regierung und Träger müssen zügig für Klarheit sorgen, so die Forderung der Grünen. Die Eltern bräuchten Planungssicherheit für die kommende Woche. Notwendig sei zudem eine Strategie für eine vollständige Kita-Öffnung. Landesregierung und Träger müssten jetzt für Klarheit sorgen, wie es für die Kinder weitergeht. Die Eltern brauchen Planungssicherheit für die kommenden Wochen, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Notwendig sei insgesamt jetzt eine klare Strategie für einen Normalbetrieb der Kindertagesstätten.

<https://gruenlink.de/1s3n>



Jugendherbergen und Bildungsstätten retten

Die saarländischen Grünen haben von der Landesregierung mehr Unterstützung für Jugendherbergen und andere gemeinnützige Ferien- und Tagungsstätten gefordert.

Die jetzt angekündigte Unterstützung von maximal 50.000 Euro pro Jugendherberge und 10.000 Euro pro Naturfreundehaus sei ein Anfang, springe aber viel zu kurz. Zudem seien Schullandheime und andere Einrichtungen von dieser Förde-

rung offenbar gar nicht erst umfasst. Die angekündigten Landesmittel seien zwar begrüßenswert, würden aber keinen der Betriebe im Saarland ernsthaft über die Krise bringen. Die mit dem Konjunkturpaket angedachte Kreditunterstützung helfe ebenfalls nur bedingt, weil sie die Schuldenbelastung der Träger erhöhe und damit Zukunftsinvestitionen erschwere.

<https://gruenlink.de/1s3m>





Grüne fordern Aktionsplan gegen Rassismus

**Zentrale Antidiskriminierungsstelle einrichten.
Land muss Koalition gegen Diskriminierung beitreten.**

Anlässlich des Jahresberichts der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, wonach besonders rassistische Diskriminierung ein großes Problem ist, fordern die Saar-Grünen die Landesregierung auf, einen Aktionsplan gegen Rassismus zu erarbeiten. Diskriminierung im Alltag und im Arbeitsleben müsse entschieden entgegengewirkt werden, so Grünen-Landesvize Jeanne Dillschneider. Die Grünen-Politikerin fordert die Landesregierung zudem auf, in die bundesweite „Koalition gegen Diskriminierung“ einzutreten, bei der bereits 11 Bundesländer mitmachen und eine zentrale Antidiskriminierungsstelle einzurichten.

„Laut Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes werden immer mehr Fälle von Diskriminierung gemeldet. Besonders oft geht es dabei um rassistische Diskriminierung. Hier ist die Landesregierung in der Verantwortung, mehr als bisher zu unternehmen, um Rassismus entgegenzuwirken. Dies ist eine Aufgabe aller politischen Ebenen“, sagt Jeanne Dillschneider, stellv. Landesvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen Saar.

Die Grünen-Politikerin fordert die Landesregierung auf, nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein einen Landesaktionsplan gegen Rassismus zu erarbeiten. Dillschneider: „Wir brauchen klare Leitlinien in der saarländischen Antirassismus-Arbeit. In einem Aktionsplan können Handlungs-

felder, Aktivitäten und Maßnahmen niedergelegt werden. Zudem können Lücken im bisherigen Angebot identifiziert und geschlossen werden.“ Dillschneider appelliert zudem an die Landesregierung, in die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes initiierten „Koalition gegen Diskriminierung“ einzutreten. „Mittlerweile haben schon elf Bundesländer die Absichtserklärung unterzeichnet und wollen Sorge tragen, dass der Schutz vor Diskriminierung politisch verankert wird. Auch die saarländische Landesregierung muss diese Absichtserklärung endlich unterzeichnen.

Darüber hinaus brauche es auch eine zentrale Antidiskriminierungsstelle nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz, in der bestehende Angebote gebündelt und ausge-

weitert werden. Dillschneider: „Derzeit sind die Informationen der Landesregierung sehr unübersichtlich oder veraltet. Für Betroffene ist es so gut wie unmöglich, den richtigen Ansprechpartner zu finden. Wir brauchen eine zentrale Anlaufstelle, in der alles gebündelt wird. Außerdem ist eine Informationsoffensive notwendig, mit der bestehende Angebote niedrigschwellig zugänglich gemacht werden und in der Öffentlichkeit beworben werden. Möglichkeiten bieten sich auch in den modernen Medien. Beispielsweise könnten Online-Beratungen oder Chat-Angebote eingerichtet werden, an die sich Betroffene unkompliziert wenden können.“

<https://gruenlink.de/1s7k>

